

Pulsnitzer Wochenblatt

Kernspacher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentl. M 21 800 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. M 21 000 000; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Moffe's Zeilenmessaer 14) M 80.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 60.—, Amtliche Zeile M 240.— und M 180.—; Reklame M 170.— bei sofortiger Zahlung. Tabellarischer Satz 25 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Beilagengebühr M 3000.— pro Laufend. — Schlüsselzahl zurzeit 100 000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Haupblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großdörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlitzgenu, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 121.

Donnerstag, den 11. Oktober 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Aufforderung

Gewerbesteuer 1923 betr.

Für die Veranlagung zur Gewerbesteuer auf das Rechnungsjahr 1923 werden alle von dem unterzeichneten Finanzamt veranlagten Unternehmer von Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben aufgefordert,

bis zum 25. Oktober 1923

dem Finanzamt schriftlich anzuzeigen, welchen Betrag sie an Gehältern und Löhnen in ihrem Betriebe in Sachsen im Kalenderjahre 1922 oder bei besonderen, vom Kalenderjahre abweichenden Betriebsjahren in dem im Kalenderjahre 1922 endenden Betriebsjahre gezahlt haben. Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen, Gratifikationen, Provisionen, Naturalbezüge, sowie alle sonstigen mit Rücksicht auf ein Arbeitsverhältnis gewährten Vergütungen und Gegenleistungen. Die Angaben sind getrennt nach den in 5 a r gewährten Vergütungen und den Naturalleistungen zu machen, außerdem von den Unternehmern, die Betriebsstätten in mehreren sächsischen Gemeinden unterhalten, getrennt nach den in den einzelnen Gemeinden verausgabten Beträgen. Für die Naturalleistungen ist außerdem die Zahl der Empfänger und die Art und Menge der Leistungen anzugeben.

Diejenigen Unternehmer, die die vorstehend geforderten Angaben nicht oder nicht fristgemäß einreichen, haben zu gewärtigen, daß die Summe der von ihnen bezahlten Gehälter und Löhne schätzungsweise ermittelt wird.

Finanzamt Kamenz.

Stadtverordneten-Wahl.

Die Stadtverordnetenwahl in der Stadt Pulsnitz findet

am Sonntag, den 18. November 1923

in der Zeit von vormittags 9—6 Uhr nachmittags statt.

I.

Es sind 15 Stadtverordnete zu wählen. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der in der Stadt Pulsnitz wohnt, und seit mindestens einem Jahre reichsangehörig ist.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechtes, der am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hat und der in der Stadt Pulsnitz wohnt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht;
2. wer rechtskräftig durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat;
3. wer unter Polizeiaufsicht steht.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Wählen kann nur, wer in der Wählerliste eingetragen ist.

III.

Die Wahlvorschläge, zu deren Einreichung hiermit aufgefordert wird, müssen bis

spätestens 28. Oktober 1923

beim Unterzeichneten eingereicht sein. Sie müssen mindestens von 20 Wählern unterzeichnet sein.

Das Wichtigste.

Der Landtag, der am Dienstag seine erste Sitzung nach der Sommerpause abhielt, vertagte sich nach kurzer Beratung auf Donnerstag.

Die Eisenbahntarife werden ab Sonnabend, den 13. Oktober wieder erhöht. (Siehe Ingebiert.)

Der Reichstag hat dem Kabinett Stresemann gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Bayerische Volkspartei das Vertrauensvotum ausgesprochen.

Die neue deutsche Währung kommt frühestens am 1. Dezember d. J. zur obligatorischen Einführung.

Die deutsche Mark hat sich dem russischen Rubel gleichgestellt.

Der Reichsverband im Ruhrgebiet hat die achtstündige Arbeitszeit im Ruhrbergbau eingeführt.

Am 12. Oktober tritt eine gewaltige Erhöhung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren ein.

Sechs Großindustrielle des Ruhrgebietes haben unter Führung von Stinnes eine befristete Anfrage an die Reichsregierung gerichtet.

Die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustriellen hat an die Reichsregierung zehn Forderungen wirtschafts- und sozialpolitischer Natur gerichtet.

Vertreter der deutschen Großindustrie sind in New York eingetroffen, um mit Fabrikanten der Vereinigten Staaten praktische Abschlüsse zu erzielen.

Der Generaldirektor der Stinnes-Unternehmungen, Minow, hat, wie das Berliner Tageblatt meldet, seine familiären Pflichten niedergelegt, um sich, im Einverständnis mit Stinnes fortan ausschließlich der Politik zu widmen.

Verordnung über Verbreitung nichtamtlicher Berichte.

Dresden, 10. Oktober. Der Herr Reichswehrminister hat eine Verordnung über Verbreitung nichtamtlicher Berichte über Unruhen vom 1. Okto-

ber 1923 aufgehoben. Ich bringe dies zur Kenntnis und verordnete: „Wer ungeprüfte Nachrichten und Gerüchte, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, durch die Presse, durch Flugblätter oder Handzettel verbreitet, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.“

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV.

Gen. Müller, Generalleutnant.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

(Die unmöglichen Goldpreise für Kohlen.) Die verhängnisvolle Goldpreisberechnung für Kohle droht für die öffentlichen Werke in den deutschen Städten zu einer Katastrophe zu werden. Die Kohlenpreise haben im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sowie in den bayerischen Braunkohlenergieern ernste Abzweckungen hervorgerufen. In beiden Kohlengebieten hat man zu umfangreichen Arbeiterentlassungen schreiten müssen, da Kohlen- und Brennstoffe nicht mehr verlässlich sind. Welt schwieriger ist aber die Lage der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der meisten deutschen Städte. Nach Ansicht von maßgebender Seite wird in den nächsten Tagen bereits die Katastrophe eintreten. Das Beispiel der Berliner Werke zeigt deutlich, daß die Goldpreisberechnung der Kohlenpreise jetzt, da das Reich noch keine beständige Währung besitzt, vollkommen unmöglich ist. Man ist sich auch in den Wirtschaftsbetrieben der Städte selbst darüber klar, daß die durch den neuen Dollarsturz hervorgerufenen Preisplünge vom Publikum nicht mehr getragen werden können,

und daß die Industrie ebenso wie der Kleinabnehmer unmöglich die Mittel aufbringen kann, um die Verteilungen zu bezahlen. Die Ursache dieser Zustände liegt in dem Diktat der Kohlenruben, die über die jetzt schon unerträglichen Preise hinaus eine 75 prozentige Erhöhung ihrer Preise anstreben. Alle Vorstellungen der deutschen Städte beim Reichskohlenkommissar, beim Reichswirtschaftsminister und beim Reichskanzler selbst, sind in den letzten Wochen wirkungslos geblieben. Auch der Reichskohlenrat hat für die Vorstellungen der Städte kein Verständnis gezeigt. Es ist höchst fraglich, ob es den Stadtverwaltungen möglich sein wird, ihre unerlässlich notwendigen Werke weiter in Betrieb zu halten.

(Gemeindevahlen.) Auf Grund mehrfacher Anfragen weist das Ministerium des Innern darauf hin, daß ein Bürgermeister, Gemeindevorstand, Stadtratsmitglied oder Gemeindevorsteher, der nach der neuen Gemeindeordnung zum Gemeindevorordneten gewählt wird, durch die Annahme der Wahl sein Amt nicht verliert, sondern bis zum endgültigen Inkrafttreten der Gemeindeordnung vom 1. 8. 1923, trotzdem er Gemeindevorordneter ist, in seinem bisherigen Amte verbleiben darf.

(Wahlberechtigungsalter und Stimmfähigkeit.) Zur Behebung verschiedener Zweifel über die Auslegung des § 24 der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 und § 4 der Gemeindevahlordnung vom 1. August 1923, die dem Ministerium des Innern vorgelegt worden sind, wird auf folgendes hingewiesen: 1. Wahlberechtigt sind nur Reichsdeutsche. 2. Die beiden anderen in § 24 der Gemeindeordnung genannten Voraussetzungen (Vollendung des 20. Be-

Wahljahr und Wohnen in der Gemeinde (vgl. hierzu § 4 Gem.-Wahl.-O.) müssen am Wahltag erfüllt sein. In die Liste (Wählerliste oder Wahlkarte) sind deshalb auch Personen unter 20 Jahren aufzunehmen, die zwar nicht bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, aber bis zum Wahltag das 20. Lebensjahr vollenden. ...

Die vorzeitige Aberntung der Kartoffeläcker und Einkellerung der Knollenfrucht, wie es aus verschiedenen Gründen dies Jahr erforderlich war, hat Erscheinungen gezeitigt, die der Befürchtung Raum geben, daß man im kommenden Frühjahr mit der Gefahr frühzeitigen Faulens der Kartoffel unter Umständen zu rechnen haben. ...

Unter den Verbrauchern elektrischen Stromes sind vielfach noch falsche Meinungen verbreitet über den Begriff einer Kilowattstunde. Eine Metalllampe von 16 Kerzen kann beispielsweise 60 Stunden lang brennen, ehe eine Kilowattstunde verbraucht ist; eine 25 kerzige Glühlampe würde, da sie höheren Stromverbrauch hat, in ungefähr 40 Brennstunden 1 Kilowattstunde aufgezehrt haben. ...

(Landeslotterie.) Die Ziehung 1. Klasse 184. Lotterie findet am 24. Oktober statt. (Wichtig für Pferde- und Rindviehbesitzer.) Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 4. Oktober 1923 macht sich zur Deckung des Aufwandes für Entschädigungen für Viehverluste durch Seuchen die Erhebung eines weiteren Zuschusses auf die nächste Umlage nötig. ...

(Angestelltenversicherung.) Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 beträgt die monatliche Steuerzulage für den Monat Oktober beim Ruhegeld 100 Millionen, bei den Witwen- und Waiwenrenten 60 Millionen, und bei den Waisenrenten 50 Millionen. ...

Dhorm. (Wohltätigkeits-Veranstaltung.) Der freiwillige Wohlfahrtsauschuß unserer Gemeinde veranstaltet zugunsten der Altershilfe am Rirnesonntag nachmittags einen „Blumentag“. In entgegenkommender Weise hat Herr Oberförster Ruffig seine prächtige Dahliananlage zur Verfügung gestellt. ...

verkürzt der Altershilfe zu. Gesangverein und Posaunenchor haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt und werden durch schlichte Volkslieder den Tag verschönen helfen. Auch wird um 3 Uhr am Kriegendenkmal ein Baldgottesdienst abgehalten werden. ...

Dresden, 9. Okt. (Großes Fehlerneft aufgehoben.) Bei der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß in einer Schankwirtschaft in der Neustadt von dem Wirt und einem Schneidermeister, der in der Schankwirtschaft Werkstatt hat, ein schwunghafter Handel mit gestohlenen Sachen betrieben wurde. Am 5. Oktober besetzte die Kriminalpolizei die Schankwirtschaft und nahm eine eingehende Durchsuchung der gesamten Schankräume sowie der Wohnung des Schneidermeisters vor. ...

Dresden. (Der Straßenbahnfahrpreis) wird hier vom Sonntag nach viertägigem Bestehen von 12 auf 15 Millionen Mark erhöht. (135 Millionen Mark Hundesteuer auf ein halbes Jahr.) Die Hundesteuer in Dresden wird für den am 1. November fälligen 2. Termin von 6000 auf 135 Millionen Mark erhöht. ...

(Uebertritt in den Ruhestand) Am 1. Oktober ist der Geheimrevisor Dr. jur. Rnaus aus seinem Amte als erster juristischer Rat beim evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. ...

Leipzig. (Die von Dresden nach Leipzig übergeführte Tierärztliche Hochschule) wurde durch den Rektor in Gegenwart des Dehans der Fakultät und des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Baum, bisher an der Tierärztlichen Hochschule in Dresden, eröffnet und in den Verband der Leipziger Universitäten aufgenommen. ...

Unheilvolle Zustände auf dem Kartoffelmarkt.

Dresden, 10. Okt. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Es rächt sich bitter, daß die Reichsregierung sich hartnäckig gewiegert hat, dem rechtzeitig vom Sächsischen Wirtschaftsministerium gestellten Antrage auf Einführung einer Kartoffelumlage stattzugeben. Die Zustände, die sich nun unter der völlig freien Kartoffelwirtschaft auf dem Kartoffelmarkt entwickelt haben, übersteigen auch die ärgsten Befürchtungen, die gehegt wurden. ...

1 Milliarde, d. h. von 500 Millionen Mark für den Zentner gefordert wurde (heute weit mehr). Die Unterlagen für diese Angaben standen zur Verfügung. Weiter wurde festgestellt, daß sich besonders die landwirtschaftlichen Erzeuger in Oberschlesien und der Mark Brandenburg außerordentlich selbstherrlich verhalten. Da die Kartoffeln sofort bei der Bestellung an die Lieferanten, die meist nicht unmittelbar die Erzeuger, sondern landwirtschaftliche Genossenschaften, Raiffeisenverbände und dergleichen seien, bezahlt werden müssen, die Auftragsgeber aber derartige Mengen Bargeld nicht zur Verfügung haben, so geben diese ein Scheckheft mit unterschriebenen Blankoschecks mit. ...

Das Angebot von Kartoffeln in den Erzeugungsgedieten heißt bei weitem nicht die Nachfrage. Das liegt zu einem großen Teil mit daran, daß von den Erzeugern größere Mengen von Kartoffeln in den Brennereten verbrannt und auch verflodt werden. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat bereits in der vorigen Woche deshalb beim Reich das Brenn- und Floderverbot aller eßbaren Kartoffeln beantragt. ...

Kuch aus Polen sind Kartoffeln zum Preise von 2 Goldmark angeboten worden. Die Zahlung in deutscher und polnischer Währung wird jedoch abgelehnt und nur der Schweizer Frank als Zahlungsmittel anerkannt.

In einem anderen Falle wurde unter Aufzeigung von Belegen festgestellt, daß in der Zeit vom 5. zum 8. Oktober, also in drei Tagen, der Goldmarkpreis für den Zentner Kartoffeln beim Erzeuger auf das Doppelte gestiegen war. Wenn auch innerhalb der sächsischen Landwirtschaft solche Ungeheuerlichkeiten noch nicht festgestellt werden konnten, so gibt das für die gesamte unheilvolle Wirkung nicht den Ausschlag, denn der größte Teil des sächsischen Kartoffelbedarfs muß eben von der außer-sächsischen Landwirtschaft bezogen werden. ...

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 9. Oktober. Der Landtag trat heute nach längerer Sommerpause erstmalig wieder zusammen. Vor dem Land-

tagsgebäude staute sich eine größere Menschenmenge, die vergeblich Einlaß begehrte, da die verfügbaren Tribünenplätze bereits vergeben waren. Der Eingang und die Vorhalle waren mit einer Abteilung Sicherheitspolizei besetzt, auch auf den Gängen des ganzen Hauses patrouillierten Polizeimannschaften. Die öffentlichen Tribünen wiesen volle Besetzung auf. Auf den Abgeordnetenbänken waren nur wenige Plätze leer. Finanzminister Heßelt saß auf seinem Abgeordnetenplatz. Am Regierungstische waren nur Justizminister Neu und Arbeitsminister Graupe erschienen.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Nach Verlesung der Eingänge teilt er mit, daß ein Antrag eingegangen sei, die Tagesordnung heute nicht zu erledigen, sondern die Sitzung auf Donnerstag, 11. Oktober, nach 1 Uhr zu vertagen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) bemerkt, es habe schon nicht viel Zweck, hierher zu kommen, wenn Sitzungen stattfinden, aber noch viel weniger, wenn die Sitzung vertagt werden sollte. Wenn die Verhandlungen über die Regierungsumbildung bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen seien, dann würden sie wahrscheinlich auch bis zum Donnerstag nicht beendet sein; wenigstens könne niemand eine Gewähr dafür übernehmen. Es wäre dann richtiger, die Sitzung auf nächste Woche zu vertagen.

Abg. Schürch (Soz.) erklärt, die Vertagung erfolge weniger wegen der noch nicht beendeten Regierungsumbildung, als vielmehr wegen der Frage der Verhandlungen über die Reichswehr. Jedenfalls sei der Ministerpräsident heute nach Berlin berufen worden, um die Frage noch einmal eingehend zu beraten. (Zwischenrufe von rechts.) Sie gerade hätten alle Ursache, darüber froh zu sein, wenn die Sache hier nicht zu Verhandlungen kommt. (Zurufe: Wir?) Ja, Sie werden froh sein, wenn Sie bei diesen Verhandlungen mit heller Haut davorkommen. (Ausrufe rechts.)

Der Antrag der Vertagung der Sitzung wird hierauf gegen die Stimmen der drei bürgerlichen Parteien angenommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Oktober 1923.

Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung stand die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Durch § 1 dieses Gesetzes wird die Reichsregierung ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und bringend erachtet. Die Grundrechte der Reichsverfassung können dabei außer Kraft gesetzt werden. Die Ermächtigung erstreckt sich jedoch nicht auf die Regelung der Arbeitszeit. Nach § 2 tritt das Gesetz mit dem Befehl der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft. Der Abg. Müller-Franken (Soz.) fordert zu Beginn der Sitzung eine Verlängerung der Geltungsdauer bis zum 1. Januar 1925. Ferner verlangt er, daß das Ermächtigungsgesetz sich nicht auf die Gewerkschaften und damit zusammenhängende Fragen erstrecken soll. Der Abg. Dr. Heßelt (Deutschn.) beantragt namens seiner Freunde das Gesetz an einen Ausschuss zu verweisen, weil seine Fraktion nicht in der Lage sei, diesem weitgehenden Gesetz ohne weitere Aufklärung seitens der

Regierung über die Absichten, die sie damit verfolgt, zuzustimmen. Falls dieser Antrag abgelehnt würde, wären die Deutschnationalen gezwungen, in der zweiten Lesung eine Reihe von Fragen an die Regierung stellen, die wahrscheinlich ebensoviel Zeit in Anspruch nehmen würde, wie die Ausschlußberatung. Dieser Antrag wird am Schlusse der ersten Lesung zur Abstimmung gelangen. Im übrigen bietet auch diese Sitzung nicht gerade den Beweis für eine innere Geschlossenheit und Uebereinstimmung innerhalb der Koalitionsparteien. Der Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde, lehnt jedoch die sozialdemokratischen Anträge scharf ab, da sie aus dem Rahmen der getroffenen Vereinbarungen herausfallen. Die Demokraten sind gegen eine Ausschlußberatung. Im übrigen wünscht Herr Schiffer einen Abbau unseres Behörden- und Beamtenapparates. Es folgt eine Rede des Abg. Fröhlich (Komm.) in der bei den Kommunisten bekannten Tonart. Vor allem seine Genossen von der Sozialdemokratie kommen in dieser Rede schlecht weg. Scharfe Angriffe richtet Fröhlich gegen die Schwerindustrie, dieser wegen der Verhandlungen mit Degoutte des Hochverrats bezichtigt. Der Abg. Müller-Franken (Soz.) setzt sich sofort mit seinem Vorgesetzten auseinander. Auch er ist für Annahme des Ermächtigungsgesetzes, erklärt jedoch nochmal das Festhalten seiner Fraktion am Abstundentag. In dieser Frage sei für die Arbeiter die Note der Regierung Witz vom 13. November das äußerste Zugeständnis. Auch Müller empfiehlt dem Reichsjustizminister zu prüfen, ob bei den Verhandlungen der Industrie mit dem französischen Behörden nicht Vordruck vorliege. Der Abg. Andre (Zr.) begründet für seine Freunde ausführlich die Zustimmung zu diesem Gesetz. Es kommt dabei zu einer recht kühnen Auseinandersetzung mit seinen Koalitionsgenossen von der Sozialdemokratie, als er nämlich die Erwartung ausspricht, daß auch die Arbeiterschaft bereit sein müsse, Opfer zu bringen.

Sitzung vom 10. Oktober 1923.

Kleine Vorlagen im Reichstage.

Der Reichstag, der vor seiner Vertagung steht, erledigte am Mittwoch eine Reihe von kleinen Vorlagen aller Art. Zunächst billigte er den 4. Nachtrag zum Reichshaushalt, der rund 600 Millionen fordert und zwar vornehmlich zur Beschaffung von Getreide zur Deckung der Ruhrschäden, zur Bezahlung der Devisenangehöriger und zur Weiterführung der Reichsbetriebe. In einer Entschließung werden die Länder ersucht, die Zahlungen für die kulturellen und sozialen Belange und an die Religionsgesellschaften schnellstens zu leisten. Nach heftigen kommunistischen Brandreden, die verlangten, daß die Industrieführer wegen Verhandlungen mit den Franzosen vor dem Staatsgerichtshof gestellt werden, sollen, nahm das Haus einstimmig einen Antrag an, der bei öffentlichen Versicherungen die Anweisung wertbeständiger Zahlungsmittel (Goldanleihen oder Dollarschekenausweisungen) fordert. Angenommen wurden Entschließungen, die die Reichsregierung ersuchen, die Vorschläge für die Anstalten des Schul- und Bildungsweises denen für die Anstalten der öffentlichen Wohlfahrtspflege mindestens gleichzustellen. Weitere Anträge auf Strafverfolgung von Redakteuren wegen Beleidigungen wurden an den Geschäftsordnungsausschuss zurückgewiesen,

weil eine generelle Änderung des Pressegesetzes in Aussicht genommen ist, damit sich die Zeitungen nicht durch die Immunität von Abgeordneten, die als verantwortliche Redakteure zeichnen, decken lassen. — Am Donnerstag soll die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes vorgenommen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Oktober. (Verdoppelung der Beamtenbezüge.) Der Teuerungszuschlag, der für die Zeit vom 24. 9. bis 8. 10. 699 900 betrug, ist vom 9. Oktober ab auf 1 399 900 v. H. erhöht worden. Hierzu tritt für Berlin ein Sonderzuschlag von 217 000 v. H. (bisher 108 500). Die Bezüge erfahren somit ab heute eine Verdoppelung.

Frankfurt a. M., 9. Oktober. (Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft?) Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellte und Beamtenverbände faßte einstimmig den Beschluß, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuscheiden. Maßgebend für diesen Beschluß war die Erwägung, daß das gesamte schwerindustrielle Unternehmertum sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinweggesetzt hat. Damit seien die Voraussetzungen für eine erprobte Zusammenarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft zerstört worden. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes wird angefleht, der Tragweite dieses Beschlusses alsbald den großen Ausschuss des Ringes zur entgeltlichen Beschlußfassung einberufen.

Nürnberg, 9. Oktober. (Hitler legt die Führung des Deutschen Kampfbundes nieder.) Wie dem „Frankfurter Kurier“ von der Reichsflagge mitgeteilt wird, bedeutet die Billigung der Politik Dr. von Rahrs durch die Landtagung des Bundes nicht, daß diese sich bedingungslos auf Gebeth und Vererb Dr. von Raahr unterstellen wolle. Die Reichsflagge sei eine großdeutsche Bewegung, deren Ziel eine Lösung der deutschen Frage sei. Solange Dr. von Raahr den von ihr verfolgten Weg gehe, werde ihm die Macht der Reichsflagge restlos zur Verfügung stehen. Im übrigen habe Hitler, der den Entschluß des Führers der Reichsflagge, sich hinter Dr. von Raahr zu stellen, mißbilligt und die ihm vor kurzem übertragene Führung des Deutschen Kampfbundes niedergelegt.

Frankreich.

Paris, 10. Oktober. (Der Papst und die von den Franzosen gefangen gehaltenen Deutschen.) Monsignor Lha hat General Degoutte das Verlangen des Papstes nach Begnadigung deutscher politischer Gefangener übermitteln.

Forderungen der Ruhr-Industrie an die Reichsregierung.

Die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustriellen hat jetzt der Reichsregierung 10 Forderungen und Fragen überreicht. Sie verlangt u. a.: 1. Ersatz der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle;

„Dann wird mein Lebensweg bis zum Ende einsam sein.“
„Sie hätte ausschreiben mögen: Wie der meine.“
„Über sie prekte die Lippen zusammen, und ehe sie noch ein weiteres Wort sprechen konnte, wandte sich das Brautpaar ihnen zu, und Rose-Marie sagte lachend: „Ich habe dich soeben von unserer kleinen Berliner Mietwohnung erzählt. Und er nennt mich Mädchenbrübel und bildet sich ein, er ist der Prinz, der mich erlöst hat.“
„Dick richtete sich stolz empor.“
„Bitte sehr — ich kann es zur Not auch mit einem Prinzen aufnehmen, die heute öfters nichts mehr gelten. Uebrigens war das Märchen vom Mädchenbrübel das einzige, das mir meine Mutter, als ich noch ein Knabe war, immer wieder bis zum Ende erzählen durfte, ohne daß ich davon lachte. Ich wich und wankte nicht, bis sämtliche Erben gesehen waren und Mädchenbrübel ihren Prinzen bekam.“
Rose-Marie umschlang ihn jubelnd.
„Weil dein gutes Herz keine Ruhe fand, bis sie erlöst war.“
„All right! Und nun habe ich mit mein deutsches Mädchenbrübel geholt und will sie in einen Palast führen, worin sie mit ihrem Prinzen glücklich bis ans Ende ihrer Tage leben soll.“
„Damit lächelte Dick seine Braut herzlich auf den Mund. Langsam kehrten die vier nach dem schönen Hause zurück, daß wie ein weißes Märchenschloß im Wundergarten lag.“
Rose-Marie sprach das aus. Da seufzte Gladys heimlich auf. Was nützte ihr das Märchenschloß? Zu ihr würde nie der Prinz kommen, der sie erlöste. Ein drohendes Ungeheuer lag auf der Schwelle ihres Hauses und wehrte ihm den Weg. Dies Ungeheuer hieß: die Schuld.

Tage waren vergangen. Rose Marie war von Mistrich Garring im Auto abgeholt worden, um mit ihr für die Aussteuer Einkäufe zu machen. Auch Gladys war aufgefordert worden, sie zu begleiten, hatte aber abgelehnt und sich mit Kopfweh entschuldigt, denn sie wollte einmal allein sein, ganz allein; sie hatte jetzt zuweilen Stunden, da sie selbst Rose-Maries Gesellschaft nicht ertragen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Die schöne Kalifornierin.

Roman von S. Courts-Mahler.
Nachdruck verboten.
„Sie hat das Zeug dazu, einen Mann glücklich zu machen. Ich habe früher so oft gesagt, so wie Gladys müßte die Frau beschaffen sein, die ich heimführen möchte.“
Hans Dernburg sah Dick fragend an.
„Und habt ihr nie daran gedacht, euch zu heiraten?“
Dick lachte.
„No! Sie nicht, und ich nicht. Darüber waren wir uns immer einig. Wir waren wie Geschwister. Ich habe sie von Herzen gern — und sie mich auch — aber zum Heiraten gehört mehr — oder weniger. Trotzdem ist mir Rose-Marie gleich beim ersten Sehen so lieb geworden, weil sie mich im Wesen sehr an Gladys erinnert. Findest du nicht auch, daß sie beide viel gemeinsame Charaktereigenschaften haben?“
„Ja, du hast recht. Nur, daß meine Schwester von Tag zu Tag heiterer und sonniger in ihrem Liebesglück wird und mich Gladys immer eifriger und stiller.“
Dick atmete auf.
„Das muß wieder anders werden! Wenn alles nichts nützt, muß ich ihr mal gründlich den Kopf waschen.“
„Meinst du, daß das hilft?“
Dick nickte zuversichtlich.
„Das haben wir früher gegenseitig oft getan, allerdings war ich meist derjenige, dem der Kopf gewaschen wurde, Gladys nur selten, aber geholt hat es immer. Aber nun komm, Hans, die Damen sind weit voraus, wir wollen ihnen nach.“
Und Dick eilte mit langen Schritten Rose-Marie nach, lachend vor ihm stob, bis er sie eingeklemmt hatte und Baum gelehnt und sah mit wehmütigem Lächeln auf die Glücklichen.
Da trat Hans neben sie.
„Wer auch so glücklich sein könnte wie diese beiden,“ sagte er leise.
„Sie zuckte zusammen und sah dann mit einem rätselhaften Blick zu ihm auf. Das Blut schob ihr ins Gesicht, denn sie hatte soeben dasselbe gedacht.“
„Nicht alle Menschen können glücklich sein,“ antwortete sie ernst. „Wenn lauter Licht in der Welt wäre und gar kein Schatten, dann würde das leuchtende Glück seinen Glanz verlieren. Es ist schon ein schönes Wunder, wenn es einem vergönnt ist, solch ein helles Glück mit anzusehen.“

Er atmete schwer.
„So bescheiden sind Sie, Miß Foren?“
„Mit demselben rätselhaften Blick sah sie ihn an.
„So bescheiden muß ich sein.“
Im Weitergehen verfolgten sie den Weg zum Strande.
„Sie wies mit der Hand nach dem Meere hin. „Dann sagte sie, wie zu sich selbst, aus tiefen Gedanken heraus: „Es trennt Welten!“ Und dann nach einer Pause ganz unvermittelt:
„Haben Sie schon einmal Heimweh gehabt?“
„Nein — mir ist, als sei die alte Heimat ins Meer der Vergessenheit gesunken,“ antwortete er leise.
„Weil Sie nichts Liebes dort zurückließen.“
„Es nickte, und sein Blick umfing sie wie eine Liebkoßung.“
„Ja, weil ich nichts Liebes dort zurückließ — und weil ich hier Menschen gefunden habe, die mit mir in meiner Muttersprache reden.“
„Sie sah zu ihm auf.
„So ist also Hoffnung, daß Sie sich ganz bei uns eingewöhnen. Ihre Schwester wird ja eine kalifornische Bürgerin. Und eines Tages — eines Tages werden Sie vielleicht eine Tochter dieses Landes heimführen und ganz heimisch werden.“
„Die Worte kamen seltsam schwer über ihre Lippen, fast gegen ihren Willen. Und zugleich schloß Gladys, daß sie würde sterben müssen, wenn Hans Dernburg eines Tages eine andere heimführen würde. Es ging wie ein Riß durch ihre Seele.
„Er sah sie eine Weile schweigend an. Sein Blick ruhte festschend auf ihren Zügen, die in einer gewaltsam festgehaltenen Starrheit verharrten. Weshalb sagte sie ihm das? Wollte sie ihm damit andeuten, daß er sich auf sie keine Hoffnungen machen dürfe?“
„Er atmete schwer.“
„Ich wollte, ich könnte einen Blick in die Zukunft tun,“ sagte er mit unterdrückter Erregung.
„Warum?“ fragte sie.
„Weil ich leben möchte, ob in der Zukunft eine Frau an meiner Seite schreien wird. Es kann nur eine einzige sein —“
„Sie erschauerte unter dem Ton heiser Zärtlichkeit, der aus diesen Worten zu ihr herüberklang. Es wurde ihr Bewußtsein in diesem Augenblicke, daß er sie liebte. Aber bei aller Seligkeit, die über sie dahinjuckte bei dieser Bewußtheit, erfüllte sie doch zugleich eine tiefe Angst um ihn.“
„Und — wenn es diese eine nicht sein kann, Mißer Dernburg?“ fragte sie leise. Er ließ seinen Blick nicht von ihrem erblagten, süßen Gesicht.

2. Ersatz der seit dieser Zeit zwangsweise erhobener Kohlensteuer;
3. Befreiung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet;
4. Garantie der Verfügung über alle künftig zu liefernde Reparationskohle;
5. Bevorzugte Belieferung des besetzten Gebietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln;
6. Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohle im besetzten Gebiet;
7. Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde weiterzuführen;
8. Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln;
9. Wie sollen sich die Industriellen zu der Regiebahn stellen? Wie stellt sich die Reichsregierung zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind?
10. Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage und 10 Stunden über Tage und Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen. Ist die Regierung bereit, uns in der Durchführung dieser Forderung zu unterstützen?

stättigefundene Saalsportfest zeigte sehr guten Sport. Die Ergebnisse sind folgende:

Gaumeisterschaft im 2er Kunstfahren: Gebhard und Schüge vom R. W. „Bino“-Weinböhla (ohne Kon.).

Gaumeisterschaft im 6er Kunstreiten: R. M. von 1890 Radeberg (ohne Kon.).

8er Fahrtenreiten: 1. Preis: R. W. Bogdorf-Radeberg 7,458 Punkte; 2. Preis: R. W. „Diana“-Heidenau 7,225 Punkte; 3. Preis: R. M. „Pödnig“-Pulsnitz 7,174 Punkte (Herrenmannschaft); 4. Preis: R. M. von 1890 Radeberg 7,154 Punkte; 5. Preis: R. M. „Pödnig“-Pulsnitz 6,742 Punkte (Damen).

Aus aller Welt.

London, 10. Oktober. (Ein neues schweres Erdbeben) Die Apparate der Erdwarte in Bromwich registrierten heute vormittag um 9,15 ein schweres, mehrere Sekunden anhaltendes Erdbeben in einer schätzungsweise Entfernung von 150 Meilen. Man glaubt, daß das Beben in der Nähe der Azoren vor sich gegangen ist. Die Erdwarte von Dublin gibt die mutmaßliche Entfernung auf 1300 Meilen an und glaubt, den Herd des Bebens in Italien oder in der Nähe der Azoren suchen zu müssen.

Neueste Meldungen.

Verhängung des Belagerungszustandes über Kattowitz.

Kattowitz, 11. Oktober. Infolge der Zuspitzung der Streiklage in Ostoberschlesien ist von den Polen über Kattowitz der Ausnahmezustand verhängt worden.

Die kommunistischen Minister in Sachsen.

Dresden, 11. Oktober. Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich über die Neubesezung der Ministerposten geeinigt. Es sind ernannt worden, der Kommunist Böttcher zum Finanzminister, der Kommunist Hedert zum Wirtschaftsminister und der Kommunist Brandler zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei.

Der kommende deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Paris, 11. Oktober. Der Berliner Korrespondent der „Times“ glaubt in Bestätigung einer anderen Meldung zu wissen, daß seit den nächsten Wochen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Gange sind. Der deutsche Geschäftsträger in Washington Wiesel wird in einigen Tagen auf seinen Posten zurückkehren und den Vertrag mit dem Präsidenten Coolidge unterzeichnen. Beide Staaten gewähren auf Grund dieses Vertrages einander das Recht der Meißbegünstigung.

Der tägliche Milliardenraub.

Wanne, 11. Oktober. Die Franzosen beschlagnahmten gestern 500 Milliarden Mark, die durch die Stationskasse an die Eisenbahner ausgezahlt werden sollten. Die Auszahlung sollte in einer Wirtschaft vorgenommen werden. Die Franzosen erschienen jedoch überraschend noch vor der Auszahlung und beschlagnahmten die Summe. Den Anwesenden wurden die Pässe abgenommen.

Kommunistenverhaftungen in Breslau.

Breslau, 11. Oktober. Gestern wurden hier eine größere Anzahl Kommunisten verhaftet. Die Festnahmen stehen im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Neue Index-Ziffern.

Stand der Goldmark. (Berechnet nach dem amtlichen Mittelfurs für Auszahlung Newyork.)

	Geldkurs	Mittelfurs	Briefkurs
8. Oktober 1923	199 025 000	199 523 809	200 022 649
9. " "	285 000 000	285 714 288	286 428 601
10. " "	706 562 500	708 333 260	710 104 020

Buchhändlerkassenzahl. Die Buchhändlerkassenzahl beträgt mit Wirkung ab 10. Oktober 170 Millionen.

Deutsche Arzneitage. Mit Wirkung ab 10. Oktober wird die Schlüsselzahl der 10 Deutschen Arzneitage für Arzneimittel und Gefäße auf 2 Millionen Mark, im besetzten Gebiet auf 2,7 Millionen Mark festgesetzt. Die Schlüsselzahl für Arbeitsvergütungen bleibt mit 400 000 unverändert.

Schlüsselzahl im Buchdruckgewerbe. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe ist mit Wirkung vom 11. Oktober auf 19,5 Millionen festgesetzt worden.

Die Reichsindex-Ziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes für den 8. Oktober auf 109 100 000 für die vorausgehende Zeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,4 Millionen) beträgt somit 170,0 v. H.

Neue Eisenbahntarife. Vom Sonnabend den 13. Oktober ab wird die Schlüsselzahl für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 120 und im Güterverkehr 350 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die letzte außerordentliche Gelbentwertung noch nicht berücksichtigt.

Sächsischer Lebenshaltungsindex (Mittelwert des sächsischen statistischen Landesamtes). Nach den Preisfeststellungen vom 8. Oktober 1923 sind vom statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 102 377 000; Gesamtindex ohne Bekleidung 87 023 000. Am 1. Oktober betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 37 002 142 und ohne Bekleidungskosten 34 172 090. Vom 1. bis 8. Oktober sind mithin die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 178,7 bzw. 154,7 v. H. gestiegen. Die bisher vom sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte Punktzahl (Steigerung gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 8. Oktober 1923 4597 000.

Dollar 10./10. 23. 2 975 000 000 amtlich. 11./10. 23. 5 072 650 000 amtlich.

Börse.

Die neue Marktzügelung.

Berlin, 9. Okt. Die Gewerkschaften waren gestern abend beim Reichszentralrat und beim Reichsfinanzminister, um dringende Maßnahmen gegen die neue Marktzügelung zu erbitten, die in der Industrie Mindestlöhne von 500 Millionen Mark pro Tag bereits ausgelöst hätten. Der Reichsfinanzminister gab die Erklärung ab, daß die Einwirkung der Regierung auf den Markkurs diesmal nicht rein technischer Natur sein würde, weil technische Maßnahmen nur eine vorübergehende Abschwächung zur Folge hätten. Die Regierung würde durch das Ermächtigungsgesetz diejenigen Anordnungen treffen, die eine innere Gesundung der deutschen Wirtschaft herbeiführen würden und damit auch eine Besserung des Marktkurses.

Berlin verschlechtert die Mark.

Genf, 9. Okt. „Echo de Paris“ meldet aus Newyork: Die Newyorker Börse steht unter dem Druck der Tatsache, daß die Berliner Börse die Mark täglich unter dem Newyorker Markkurs notiert. Man habe in Newyork die Empfindung, als ob in diesem Verhalten der Berliner Börsenfreie eine bestimmte Tendenz liege. Die Verschlechterung der Mark werde nicht mehr vom Ausland, sondern von der Berliner Börse selbst betrieben, was auch politische Schlussfolgerungen interessanter Art eröffne.

Vorauszügliche Witterung.

Sonntag: Abwechslend heiter und wolkig, ziemlich mild, Regenschauer, böig. Montag: Zeitweise heiter, keine wesentlichen Niederschläge, ruhiger, tagsüber ziemlich mild.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz

Sonntag, den 14. Oktober, 20. nach Trin.: 1/9 Uhr Abendmahl, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Scheler. 2 Uhr Trauerfeier. In Ohorn: 2 Uhr Trauer. 3 Uhr Kirchengesang am Friedhof. — Dienstag, den 16. Oktober, 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer. — Mittwoch, den 17. Oktober, 8 Uhr Jungfrauenverein Pulsnitz. — Donnerstag, den 18. Oktober, 8 Uhr Bibelstunde in Friedersdorf.

Sport Turnen Spiel

Radfahrport.

Am letzten Sonntag besuchte der Radf. Kl. „Pödnig“ das Herbstsportfest des R. W. „Bino“-Weinböhla, verbunden mit Haupttag des Saues 21 b Dresden vom 8. D. R. Vormittags führte der Gau das „Weltmeister-Trend-Mannschaftsfahren“ zum 4. Male durch. Die Konkurrenz, welche 16. Mannschaften am Start vereinigte, ging gleichzeitig um die „Meisterschaft von Sachsen“ und endete mit dem erwarteten Siege des deutschen Meisters „Lornabo“ Leipzig, welcher die 50 km lange Strecke in 1 Std. 25 Min. 56 1/2 Sek. zurücklegte. Den zweiten Platz belegte der vorjährige Sieger dieser Fahrt, die 1. Mannschaft des R. W. „Wanderfalk“-Dresden mit 1 Std. 29 Min. 8 1/2 Sek. Das Nachmittags

Dresden Weinrestaurant

Grells

Sonntags geöffnet. Preisw. Weine in großer Ausw. Selbstgeleitete Küche Fritz Scholle, Traiteur.

Zahngasse 2, nächst Seestraße — Fernsprecher 20 883

Gemeinderats-Wahl!

Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr im Saale des Hotels „Grauer Wolf“

Wahl-Versammlung.

1. Aussprache über die bevorstehenden Gemeinderatswahlen.
2. Aufstellung von Kandidaten.

Hierzu sind die Mitglieder der unterzeichneten Vereine und Vereinigungen, soweit erstere in der Stadt Pulsnitz ihren Wohnsitz haben, ganz ergebenst eingeladen. — Kein Bierzwang.

- Verband der Industriellen, Ortsgruppe Pulsnitz
- Gastwirtsverein — Gewerbeverein
- Innungs-Ausschuß — Kaufmännischer Verein
- Verein für Handel und Gewerbe v. B.
- Verein für Mittel- und Kleinrentner.

Kartoffeln,

nur angezählte, morgen, Freitag selb. am Bahnhof, à Zentner 680 Millionen. Es kann nur die Hälfte und nur gegen Kaffe (Reichsgeld) abgegeben werden. Körner.

Sonnabend früh ungesalzene Heringe!

Körner.

Bestergeschäft

wird eingerichtet, Laden nicht nötig. Für Warenlag. 10-30 Millionen Mark oder. Gef. Offerten mit D. C. 8920 an Rudolf Mosse, Dresden.

Fußballabteilung im „Turnerbund“

Morgen Freitag, 8 Uhr „Grauer Wolf“

Versammlung.

Lindenhof-Diele Radeberg.

Vornehmes Haus von vor bestem Ruf. Hervorragend geeignet für gesellschaftliche Ausflüge. Jeden Sonntag

Schmidt-Philipp Konzerte.

Küche u. Keller preiswert Autoboosen. In aller Herzlichkeit ladet ein Willy Koch.

: Neuer : Bierpreis

ab morgen Freitag:

Hell... Glas 18 Mil. Schnitt 12
Dunkel. Glas 15 : Schnitt 16
Erntebrenntwein
Bullchen 30 Mil.

Gastwirts-Verein Pulsnitz u. Umg.

Lose der Landes-Lotterie 1/10 5 400 000 M. Ziehung 1. Kl. am 24. Okt. empfiehlt Max Greubig.

Geschäfts-schluss

wochentags 6 Uhr abends Sonnabend 7 " " Barbier u. Friseur Pulsnitz.

Spül-Apparate

Spülkannen, Clysos, Schläuche, Vorfalbinden, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Frauentropfen. (Damenbedienung durch meine Frau). W. Heusinger, Dresden, 1. Geschäft: Am See 37, nächst Hauptbahnhof. 2. Geschäft: Jüdenhof 3, nächst Altmarkt u. Neumarkt.

Besuchskarten fertigen sauber E.L. Försters Erben

Stellen-Angebote

Beitragsträger für Oberlichtenau - Niedersteina pr. 15. Oktober gesucht. Lohnender Nebenverdienst. Zu melden in der Wochenblatt-Geschäftsstelle.

Zu verkaufen

Zwei selten schöne Stut-Fohlen ein zweif. zwei 4-jährige gute Arbeitspferde stehen zum Verkauf bei Gotth. Herrlich, Bischoheim Tel. Amt Pulsnitz 84.

Verloren

Pferde-Hintergeschmie verloren worden. Abzug. geg. Belohnung im Herrnhaus.



Lugner's Moiré-Fabrik
mit 20 Gratis-Schritten auf großem Bogen.
Schöner Stoff für den Berufs- u. Hausgebrauch.
Bd. I Damen-Kleidung. Bd. II Kinder- u. Jungmädchen-Kleidung.
Überall zu haben, sonst durch Nachnahme vom
Wolfgang Otto Lugner, Leipzig.